

vermittelt worden, obwohl er der Beste in diesem Seminar war, wie er es immer war.

Und eine andere Sache: Es gab diese Hungersnot in Küstrin. Das Irische Rote Kreuz spendete Lebensmittel. Da gibt es ein Foto, wie die hungernden Kinder unter einem Plakat sitzen, auf dem „Spende des Irischen Roten Kreuzes“ steht. Dieses Bild habe ich lange vor der Wende dem Redakteur einer Zeitung gegeben. Dort hat man das wegretuschiert und folgendes daraus gemacht: „Speisung verhungerrnder Kinder in Küstrin aus Spenden der sowjetischen Armee“. Das habe ich gelesen. Ich habe mich geschämt. Ich habe überlegt, was ich machen solle. Es gab doch keinen Grund, so etwas zu retuschieren und zu ändern. Aber ich habe nicht den Mut gehabt, dagegen anzugehen, auch immer wieder aus Angst wegen meiner Kinder.

Es ist eben nicht so leicht, wie das hier Herr Poppe gesagt hat. Die Sippenhaft drohte ja immer in diesem kommunistischen System.

Jetzt kommt das ganz Schlimme: Nach der Wende habe ich bei der Zeitung verlangt, daß das nun in Ordnung gebracht wird und daß sie sich entschuldigen. Da hatte ich dann den Mut dazu. Es hat ein halbes Jahr gedauert, bis dieser Redakteur das zurückgenommen hat. Er war noch lange im Amt. Das ist auch eine Schande.

Aber noch einmal: Ich schäme mich vieler Dinge, wenn ich höre, wieviel Widerstand hier geleistet worden ist. Aber es ist nun einmal so: Die Angst – davon habe ich gesprochen – war einfach da. Das muß man sehen. Es sind nicht alle Helden.

(Beifall)

**Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke:** Vielen Dank. Wieder ein Beitrag, der sehr nachdenklich stimmt. Trotzdem muß ich in der Rednerliste weitergehen. Frau Berg.

**Inge Berg:** Mein Name ist Inge Berg. Ich spreche für die Interessengemeinschaft der ehemaligen Grundstücksbesitzer auf dem Mauerstreifen e.V.

Ich möchte hier ganz kurz über den schwärzesten Tag in der deutschen Nachkriegsgeschichte sprechen, und zwar ist das der 13. August 1961, der Tag des Mauerbaus. Gleichzeitig war das der eklatanteste Machtmißbrauch des SED-Regimes zur Sicherung seines Unrechtsstaates.

Bei der ganzen Größe dieses ungeheuren Geschehens wird immer wieder vergessen, daß am Tage des Mauerbaus die Besitzer des dortigen Grund und Bodens die ersten Opfer des Berliner Mauerbaus waren. Mit uns wurde genauso verfahren wie bei Frau Rothe mit den Mitteldeutschen. Wir mußten innerhalb von Stunden unsere Grundstücke verlassen. Es gab Szenen, die an Horrorfilme erinnern. Gerade hier in Berlin und auch in den Randgebieten sind ja die Straßen eng. Es war nicht einmal möglich, Fuhrwerke zu bekommen. Die Leute haben versucht, auf Leiterwägelchen ihre Habe herauszuholen. Sie

mußten zusehen, wie einen Tag später ihre Häuser plattgewalzt wurden und der Rest ihrer Habe verbrannt wurde. Überlegen Sie sich einmal: Ein paar Meter weiter blühten die Rosen, und die Kinder spielten, und sie sahen zu, wie ihre Grundstücke plattgewalzt wurden!

Aus Zeitgründen möchte ich das jetzt nicht weiter ausführen. Es ist nur eines: Auch beim Fall der Mauer ist eigentlich niemals daran gedacht worden, daß wir auch noch da waren. Im Gegenteil, dadurch, daß wegen der Angst, die hier erwähnt wurde, keiner wagte, über den Mauerbau zu sprechen, über den „Friedenswall“, waren wir ja voll aus der Öffentlichkeit verschwunden. Unsere Leute sind damals dreckig angekommen. Sie hatten sich Kohlenwagen organisiert. Ich habe Bilder gesehen, die mir heute noch die Tränen in die Augen treiben. Sie sind in Häuser gekommen, wo ihnen gesagt wurde: Bringt uns kein Ungeziefer rein! – Sie hatten vorher aber wunderhübsche selbstaufgebaute Siedlungshäuser. Und so dreckig und speckig kamen sie da an! Das ist doch auch gar nicht mit Worten zu schildern.

Wie sieht es aber heute aus? Wenn wir wegen dieser damaligen Dinge an Politiker schreiben, z. B. an Herrn Schäuble, bekommen wir Briefe, in denen es heißt: Der Mauerbau war eine ordnungspolitische Maßnahme! – Mauerschützen werden verurteilt, aber den Mauerschießstand behält Bonn. Das ist eine ordnungspolitische Maßnahme.

Können Sie sich vorstellen, wie uns zumute war? Ich habe ein Grundstück in der Bernauer Straße, das 200 Jahre in der Familie war. Können Sie sich vorstellen, was es für uns bedeutete, wenn wir erfahren haben, wie auf unserem Grundstück oder auf den Nachbargrundstücken die Leute verblutet sind?

Ich habe mir die Grundbücher geholt. Meine Vorfahren waren erst so verschuldet, und nach und nach haben sie abgezahlt. Wir sind ja, wie Frau Rothe sagte, auch keine reichen Leute. Wir haben 30 Jahre unseren Grund und Boden nicht benutzen können. Unsere Häuser sind abgerissen. Wir wagen ja nicht einmal zu sagen, daß wir unsere Häuser wiederbekommen oder eine Entschädigung dafür haben wollen. Wir wollen nur unser nacktes Stückchen Grund und Boden wiederhaben. Aber das wird uns von der Bundesregierung auch verweigert. Von Frau Leutheusser-Schnarrenberger bekommen wir einen Brief, in dem es heißt: „Enteignungen zum Zwecke des Berliner Mauerbaus sind auch nach der Vereinigung rechtlich weiterhin wirksam.“

Das zieht uns doch die Schuhe aus! Es gab sogar in der DDR ein Gesetz, das im Mai 1982 verabschiedet wurde. In ihm steht, daß nach Abbau der Verteidigungslinien alle ehemaligen Eigentümer ihre Grundstücke wieder zurückbekommen sollen. Das Enteignungsgesetz ist in Bonn festgeschrieben worden, aber über das Gesetz, daß wir das wieder zurückbekommen, wird nicht gesprochen. Das läßt man unter den Tisch fallen.

Damit sind wir auf keinen Fall einverstanden. Und wir möchten bitten, daß man uns auch in diesen Fällen hilft.

**Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke:** Ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

**Inge Berg:** Es wird jetzt so viel über den Aufschwung des Mittelstandes gesprochen. Was sind wir denn? Wir sind doch im Grunde genommen der Mittelstand. Ich könnte sofort an zehn Fingern die Leute aufzählen, die sich sofort in den Randgebieten wieder ihre Häuser aufbauen würden. Dann würden wir statt Rechtsanwälte und Gerichte Architekten und Bauleute beschäftigen. (Beifall)

Innerhalb von einem bis anderthalb Jahren würden soundsoviel Wohnungen frei werden, weil wir wieder in unsere kleinen Häuser ziehen würden. Wenn z. B. in der Bernauer Straße größere Häuser gebaut würden, könnte man die viel billiger bauen, weil wir dann den Grund und Boden nicht kaufen müßten. Wir könnten die Mieten viel preiswerter halten. Und wir würden sofort anfangen.

Aber man muß uns lassen, und man darf nicht dieses Hickhack vor den Gerichten mit uns machen. Wir können ja nicht einmal zu den Gerichten gehen. Da wir nicht in das Vermögensgesetz, in die Lex specialis aufgenommen worden sind, haben wir nicht einmal das Recht, den Artikel 19 des Einigungsvertrages für uns in Anspruch zu nehmen, der beinhaltet, gegen Verwaltungsunrecht und Machtmißbrauch der DDR anzugehen. Das können wir nicht, weil wir ja gar nichts sind! Kein Gericht kann für uns etwas tun, weil wir nicht in die Lex specialis im Vermögensgesetz aufgenommen worden sind. Das ist ein entsetzlicher Teufelskreis, der endlich durchbrochen werden muß.

Eines muß ich dazu allerdings noch sagen: Wir bekommen immer mehr Politiker auf unsere Seite. Ich denke daran, daß das Abgeordnetenhaus einen Stopp des Verkaufs der Berliner Mauergrundstücke beschlossen hat. Frau Professor Limbach und Herr Radunski sind auch auf unserer Seite. Darum möchte ich diesen Politikern, die mit uns kämpfen, und auch allen Reportern meinen Dank aussprechen. Man zieht so oft über die Reporter her, aber ich kann nur sagen: Wir haben von den Reportern soviel Verständnis gefunden. Sie haben versucht, mit uns im Nassen, im Kalten auf den Grundstücken Aufnahmen zu machen. Sie haben sich mit uns durch Berge von Hintergrundmaterial durchgelesen. Darum möchte ich auch den Reportern noch einmal meinen Dank aussprechen, die immer versucht haben, eine sachliche Darstellung unserer Fälle zu geben. (Beifall)

**Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke:** Frau Berg, Ihre Intervention, leidenschaftlich vorgebracht, ist auch zu Protokoll genommen und wird in diesem Sinne dann auch ausgewertet.

Es ist mir jetzt eine Ehre, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Professor Süßmuth, zu begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Präsidentin, ich bitte um Verständnis, wenn ich noch zwei Wortmeldungen berücksichtige und dann die Diskussion schließe. Ich verbinde die Worterteilung mit der Bitte, sich kurz zu fassen. Zunächst spricht Hermann Weber.

**Sv. Prof. Dr. Hermann Weber:** Ich habe nur zwei Fragen.

Die erste richtet sich an Herrn Schälike: Es war für mich sehr interessant zu hören, daß vor Ihrem Ausschluß offenbar eine ganze Gruppe diskutiert und sich orientiert hat. Wie war es Ihnen gelungen, die Parteidisziplin, die ja diese Partei einigte, hier zu überspringen? Oder hat das schon gar keine Rolle mehr gespielt?

Die zweite Frage geht an Herrn Schuller. Sie haben zum Schluß zu Recht darauf hingewiesen, daß der Alltag unter Umständen etwas ist, was nicht nur dem entspricht, was wir hier sehen. Die Repression ist natürlich ein wichtiger Teil, aber daneben – das wissen wir alle – gibt es Arbeit, Familie, Kinder, Liebe, Leid usw. Nur wäre es interessant zu überlegen – ich weiß nicht, ob Sie sich das zutrauen –, wie man das verbinden kann. Beim Alltag kann man ja auch sagen, daß es selbstverständlich auch den alltäglichen Stalinismus gab. Das ist also etwas, was nicht einfach zu trennen ist. Ich habe das Gefühl, daß bei solchen nostalgischen Erinnerungen manchmal übersehen wird, wie das verzahnt ist. Wie kann man das beschreiben, oder wo gibt es Ansätze? Mir ist klar, daß es schon von der Zeit her gar nicht möglich sein wird, das jetzt zu erläutern. Aber ich wollte das als Diskussionspunkt hier noch anführen.

**Rolf Schälike:** Ganz kurz: Wir haben immer im Parteauftrag gearbeitet. Nach dem ersten Parteiverfahren 1963, nachdem ein Vortrag im Parteauftrag innerhalb der Parteigruppe gehalten wurde, bei dem nicht diskutiert wurde, sondern der sofort in Parteiverfahren mit Verweisen und Rügen endete, haben wir alle anderen Parteaufträge abgelehnt, immer mit der Begründung, daß es sonst wieder zu Verfahren komme. Das Ergebnis war, daß diese Gruppe in die Parteileitung gewählt wurde. Und damit hatten wir in Rossendorf sozusagen als Parteileitung den Einfluß, bis es dann zum Parteausschluß kam. Aber wir haben uns rein formell immer im Rahmen dieser herrschenden Technik bewegt. Die Beschlüsse über den Ausschluß kamen dann vom Politbüro und von der Bezirksleitung.

**Prof. Dr. Wolfgang Schuller:** Herr Weber, wie man das machen kann, weiß ich natürlich auch nicht. Riesenforschungsprojekte mit unglaublichen theoretischen Ansätzen. Es gibt Dieter Voigt in Bochum, einen Sozialwissenschaftler, der aus der ehemaligen DDR kommt. Er macht so etwas ähnliches mit der Arbeitswelt. Aber für den jetzigen, augenblicklichen Gebrauch gibt es ein Verfahren, das die ganze Geschichtswissenschaft hindurch betrieben wird: die Schöne Literatur. Da kommt ja viel vor. Und da nenne ich nur einen Namen: Erich Loest. Also, provisorisch dieses.

**Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke:** Ulrich Schacht als letzter auf dem Podium.

**Ulrich Schacht:** Wir haben eben eine ganze Reihe von praktischen Beispielen gehört, die sich nicht nur mit den Alltagsfolgen der Repression in der untergegangenen Diktatur beschäftigen, sondern – was ich viel bedrängender finde, und dazu noch ein Wort – mit der partiellen Unfähigkeit der parlamentarischen Demokratie der 80er und 90er Jahre, sich daran zu erinnern – wir sind ja auf einem Erinnerungsforum –, daß man seit 1969 mit eben dieser Diktatur sozusagen in immer größerer Nähe zu leben versucht hat und daß dabei eine ganze Reihe von Wissensbeständen aus dem Hinterkopf ins Nichts gesackt sind.

Die sogenannten juristischen Schwierigkeiten, mit denen wir uns hier und einige Verbände sich beschäftigen, sind ja gar keine juristischen Schwierigkeiten. Das ist Nebel, der geworfen wird, entweder aus Dummheit oder aus Berechnung. (Beifall)

Die wirklichen Schwierigkeiten sind die politischen Vorentscheidungen und die politischen Bedingungen, die sich seit 1969 in der damaligen Alt-Bundesrepublik Deutschland entwickelt haben. Sie haben sich aus dem ergeben, was „neue Ostpolitik“ genannt wurde, und aus der sukzessiven Legitimierung eines von Anfang bis Ende illegitimen Staates, einer Diktatur. Das ist das Entscheidende, was hier immer wieder verschwindet und was immer wieder gesagt werden muß.

So haben wir es heute mit dem Fluch der bösen Tat zu tun, die sich als gute verstanden oder getarnt hat. Das ist unser Ergebnis, und das ist das Gesamtergebnis, mit dem wir es alle miteinander zu tun haben.

Deswegen kommt auch keine Bundesregierung, nicht einmal die, die für 1969 sozusagen gar nicht verantwortlich ist, also die jetzt amtierende, die, durch Koalitionäre mehr oder weniger gezwungen, sozusagen diese böse Tradition der Anerkennung eines illegitimen Regimes übernommen hat, darum herum, sich dazu durchzuringen, die Konsequenzen ihrer eigenen politischen Analyse ernst zu nehmen, nämlich ein kriminelles Regime und seine Vertreter als kriminelle Organisation zu bezeichnen und einzuschätzen mit allen Konsequenzen in dieser Gesellschaft.

Wenn dies nicht passiert, werden wir noch lange solche Kommissionen und solche Sitzungen veranstalten können, und dann wird die biologische Lösung bei den „Randgruppen“ erfolgreich sein, wie wir ja überhaupt auch bei der Entschädigung der politischen Häftlinge – ich darf das hier als ehemaliger politischer Häftling sagen – erbärmliche Schauspiele erlebt haben,

(Beifall)

wie wir erlebt haben, daß um 300, 400 DM mehr gefeilscht wird. Das ist ungefähr das Widerlichste, was ich in meiner Erfahrungszeit in der

Bundesrepublik Deutschland erlebt habe. Ich mag dieses Geld gar nicht in Anspruch nehmen, weil das so erbärmlich ist, weil hier selektiert und zweitklassig verhandelt wird. Hier werden die Häftlinge in die vor 1945 und die nach 1945 selektiert. Und keiner der Verantwortlichen, die das Wort haben – ich kenne eine ganze Reihe von Politikern aus allen Parteien, die sich sehr wohl Gedanken darüber machen –, bringt die Sensibilität auf, irgendwo zu begreifen, daß es in Brandenburg – und der Dachdecker steht gerade vor Gericht, er könnte ja mitreden – auch nach 1945 auf der einen Seite verlorene Jahre waren, die man dort unter unwürdigsten Bedingungen verbringen mußte. Und da werden wir gezwungen, Marktfeilschen mitzumachen. Ich finde das erbärmlich. Und wenn dieses Parlament und wenn diese Kommission das nicht schaffen, dann werden sie eines Tages mit Bürgerrechtsbewegungen mit anderen Motivationen konfrontiert werden, und die Zeit ist interessant dafür. (Beifall)

**Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke:** Vielen Dank, Ulrich Schacht. Die Zustimmung signalisiert die Zustimmung der Mehrheit in diesem Forum.

Natürlich kann die Enquete-Kommission nicht alles erledigen, was heute an Problemen auf den Tisch gepackt ist. Ich sehe den Beitrag der Enquete-Kommission vor allen Dingen darin, daß sie hilft, die Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland verstehen zu machen; denn ohne das Verständnis für die Vergangenheit, für die Ursachen, die bis heute fortwirken, sind auch die Probleme, die uns gegenwärtig bedrücken, nicht lösbar.

In diesem Sinne glaube ich schon, daß diese öffentliche Anhörung in diesem Reichstag mit seiner Geschichte einen politischen Sinn gemacht hat. Was zur Sprache gekommen ist – ich wiederhole es noch einmal –, ist alles sorgfältig protokolliert, so daß es nicht für den Tag verloren ist, sondern daß darauf zurückgegriffen werden kann. Und daß dies geschieht, darin wird auch eine Aufgabe der Abgeordneten liegen, die in dieser Enquete-Kommission sitzen. Ich darf das sagen, auch wenn ich hier nur als Sachverständiger vertreten bin.

Vielen Dank.

Soweit ich unterrichtet bin, ist das Programm insofern geändert, daß jetzt eine öffentliche Pressekonferenz der Obleute und vor allen Dingen der Frau Präsidentin des Deutschen Bundestages angesagt ist. Sie alle sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Das heißt zu deutsch: Herzlichen Dank an Sie. Ich bitte Sie, die Plätze für uns zu räumen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Tage lang haben wir eine Reise unternommen, eine Reise in die Vergangenheit. Ich glaube, jeder, der in diesem Raum war, hat gespürt, daß diese Vergangenheit, selbst wenn sie schon 30 oder 40 Jahre vergangen ist, ganz lebendig wurde.

Wir haben, glaube ich, auch feststellen können, daß es wehtun kann, Erinnerungen zuzuhören, und daß vor allen Dingen Erinnern wehtun kann. Immer dann, wenn soziale und politische Bezüge zu heute hergestellt worden sind, ist aber auch deutlich geworden, daß offensichtlich auch Teilen wehtut.

Wenn die zwei Tage gestern und heute mit dazu beitragen könnten, daß wir es schaffen, noch mehr Verständnis, mehr Sensibilität aufzubringen, uns in die Schuhe derer, die damals gelitten haben, zu stellen und dann noch überzeugender als bisher zu teilen, dann wäre – so glaube ich – viel erreicht.

Mancher wird vielleicht sagen: Ihr habt euch hier auf den Weg gemacht, um den Alltag in der Deutschen Demokratischen Republik zu hinterfragen, vorzustellen. – Ich glaube, daß uns das gelungen ist, wenn auch sicherlich nicht in 16 Millionen Facetten. Aber ich möchte jedem, der hier gewesen ist, noch einmal deutlich sagen: Es waren Tausende, viele Tausende, von denen in diesen zwei Tagen geredet worden ist. Und ich glaube, auch darin sind wir uns einig: Ein einziger noch wäre zuviel!

Lassen Sie mich für die Enquete-Kommission noch einmal sagen: Es wird diesen Brief geben, einen Brief an die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages mit der dringenden Forderung um Beschleunigung und Nacharbeit. Ich gehe davon aus, daß die Enquete-Kommission unter den politischen Persönlichkeiten unseres Landes um Unterstützung werben und bitten wird. So verstehe ich auch das Hiersein der Präsidentin des Deutschen Bundestages.

Ein sehr persönlicher Satz zum Schluß. Für mich ist in den letzten beiden Tagen durch die Formulierung vieles auf den Punkt gebracht worden: Die DDR war der permanente Anschlag auf die Würde des Menschen.

Ich bitte Sie, sehr verehrte Frau Präsidentin, zu uns zu sprechen.

**Bundestagspräsidentin Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Herr Vorsitzender! Lieber Herr Eppelmann! Mitglieder der Enquete-Kommission! Meine Damen und Herren! Wenn ich hier am Ende der Veranstaltung kurz das Wort ergreife, dann möchte ich die Motive kurz benennen.

Das erste, was mir wichtig ist, ist, denen zu danken, die diese Veranstaltung durchgeführt haben, und vor allem denjenigen, die hier gesprochen haben. Denn ich glaube – ich sage das aus der Situation meiner Person, die Vergleichbares nicht erfahren hat –, es ist wahnsinnig schwierig, das, was man erfahren hat, dann auch noch öffentlich erinnernd in Sprache umzusetzen, das, was zum Allerpersönlichsten und doch zugleich zu dem gehört, was man durch Staat, die Mitmenschen mit ihren unterschiedlichen Funktionen und auch ganz persönlich erfahren hat. Wir wissen auch aus Dokumenten nach 1945, was das dem einzelnen abverlangt.

Und dennoch: Nach dem, was ich heute morgen gelesen habe, was mir Herr Eppelmann vom gestrigen Tage berichtet hat, ist neben der großen